

Ukraine-Krise

Friedenspolitik statt Kriegshysterie!

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine aktualisieren wir unseren Aufruf.

Die Waffen nieder – nein zum Krieg

Wir verurteilen die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine. Für Krieg gibt es keine Rechtfertigung. Die Mitschuld des Westens besonders der USA und der NATO rechtfertigen keinesfalls diese militärische Aggression.

Die Bombardierungen müssen sofort gestoppt werden. Notwendig ist ein umfassender Waffenstillstand, der Rückzug aller Truppen und ein zurück an den Verhandlungstisch.

Politische Reaktionen des Westens sollten auf die Wiederaufnahme von Gesprächen gerichtet sein, weiteren Hass und Konfrontation vermeiden und nicht die Bevölkerung Russlands treffen. Deswegen lehnen wir Sanktionen ab.

Unser Mitgefühl gilt auch den an Leib und Leben bedrohten Menschen in der Ukraine. Die Menschen, die nun fliehen müssen, bedürfen unserer humanitären Hilfe.

Es gibt keine militärische, sondern nur eine politische Lösung auf der Basis der Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit.

Lasst uns gegen den Krieg, für eine Politik der gemeinsamen Sicherheit auf die Straße gehen. Es gibt keine Alternative zu Dialog und Kooperation – gerade jetzt.

*Die Krise um die Ukraine hat sich zur ernststen Bedrohung des Friedens in Europa zuge-
spitzt. Mit der Anerkennung der Regionen Donezk und Luhansk hat die russische Regie-
rung einen Friedensprozess in weite Ferne gerückt. Doch die einseitige Schuldzuweisung
an Russland, wie sie von einigen westlichen Regierungen und in den großen Medien
vorgenommen wird, ist nicht gerechtfertigt und nimmt zunehmend den Charakter von
Kriegspropaganda an. Erste Schritte müssen eine Demilitarisierung entlang der russisch-
ukrainischen Grenze und an den Grenzen zwischen Russland und der NATO sein, sowie
die Umsetzung des Abkommens Minsk II. Es sieht einen Waffenstillstand vor, Dialog der
Konfliktparteien und einen Sonderstatus der Regionen Donezk und Luhansk innerhalb der
Ukraine.*

- Ukrainische und russische Friedensaktivist*innen fordern ein Ende der Eskalation: Nicht Waffen, sondern konstruktive Friedensgespräche sind das Gebot der Stunde
- Verhandeln statt schießen! Gemeinsame Sicherheit in Europa kann es nur mit Russland geben – Militärische Eskalation im Ukraine Konflikt muss gebannt werden
- Keine militärischen Lieferungen an die Ukraine
- Abzug der russischen Truppen an der ukrainischen Grenze

- Aktives Eintreten für die Umsetzung des völkerrechtlich verbindlichen Abkommens Minsk II
- Verhandlungen mit Russland auf der Grundlage eines klaren Bekenntnisses zu Entspannung und dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit
- Aktives Eintreten für Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen.

Kundgebung und Mahnwache des Friedensbündnisses Mannheim

Samstag, 26. Februar 2022

Kapuzinerplanken Mannheim 15 Uhr



FRIEDENSBÜNDNIS
MANNHEIM

ViSdP: Roland Schuster, Friedensbündnis Mannheim, Speyerer Str. 14, 68163 MA
friedensbuendnis-mannheim@posteo.de
friedensbuendnis-mannheim.de